

Kuwait umstrittenes DNA-Datenbank-Gesetz: Europäische Genetiker begrüßen jüngste Entscheidung des Emirs

Tübingen, Oktober 2016

„Weise und verantwortungsvoll“ schätzt Professor Olaf Horst Rieß, Präsident der European Society of Human Genetics (ESHG), die Entscheidung des Emirs von Kuwait ein, den Premierminister Kuwaits aufzufordern, das geplante DNA-Gesetz zur Terrorismusbekämpfung zu überdenken. Nach einem Terroranschlag des sogenannten Islamischen Staates auf eine Moschee in Kuwait, bei der im Juni 2015 dutzende Menschen starben, beschloss das Parlament ein neues Anti-Terror-Gesetz. Noch sieht es vor, eine DNA-Datenbank zu erstellen, in der alle Staatsbürger und Bewohner Kuwaits sowie alle ausländischen Besucher mit einem genetischen Fingerabdruck erfasst werden.

Auch Menschen, die als Besucher in das Land reisen, müssten am Flughafen eine Speichelprobe abgeben. Weltweit bislang einmalig würde so eine umfangreiche DNA-Datenbank geschaffen, in die Menschen ohne jeden Verdacht aufgenommen würden. Wissenschaftler, Menschenrechtler und verschiedene Organisationen sprachen sich deutlich gegen ein solches Gesetz aus; die ESGH wandte sich Ende August 2016 in einem offenen Brief an die Regierung Kuwaits.

„Das stellt jede Person unter den Generalverdacht, ein Terrorist zu sein“, so Olaf Rieß in dem Schreiben. Er sieht in einem solchen Gesetz einen Angriff auf die genetische Privatsphäre und hält es auch für ungeeignet, um tatsächlich Terroranschläge zu verhindern: „Die meisten Terroristen reisen nicht in ein Land, um dort einen Terrorakt auszuführen, sondern werden im Land angeworben.“ Die Wissenschaftler befürchten nicht nur für die Gesellschaft Kuwaits, sondern auch für die medizinische Wissenschaft und Forschung negative Auswirkungen.

Die jüngsten Nachrichten aus Kuwait geben Anlass zur Hoffnung: Die Nachrichtenagentur KUNA berichtete bereits, der Emir des Landes habe den Premierminister dazu aufgefordert, das Gesetz noch einmal zu prüfen und Parlament und Premierminister seien sich inzwischen darüber einig, dass nur genetische Fingerabdrücke von Verdächtigen genommen werden sollten. Olaf Rieß begrüßt die positive Entwicklung, zu der sicherlich auch der offene Brief der europäischen Genetiker beigetragen habe.

Mehr zum Gesetz und zur Position auf der ESHG-Homepage <https://www.eshg.org/13.0.html>

Das Thema wurde im September auch von der Washington Post aufgegriffen:
<https://www.washingtonpost.com/news/worldviews/wp/2016/09/14/kuwait-plans-to-create-a-huge-dna-database-of-resident-and-visitors-scientists-are-appalled/>